

für Halle vierteljährlich bei postmaler
Zustellung 2,50 M., durch die Post
3,25 M., ausd. Zustellungsgebühren.
Bestellungen werden von allen Reichs-
Verlagshäusern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für anverlangte eingehende Anzeigen
wird keine Gewähr übernommen.
Besand nur mit Quittungsbogen
„Saale-Ztg.“ gefordert.

Verantwortl. Redaktion Nr. 1140;
bei Käufern: Redaktion Nr. 178; bei
Abonnementsverwaltung Nr. 1133.

Saale-Zeitung.

Sechshundertzweiter Jahrgang.

werden die Gergelsteine Kolonialstelle
über dem Mann mit 30 Bk., welche
aus Halle mit 30 Bk. bestimmt sind in
unseren Annoncenstellen und allen
Annoncen-Expositionen angenommen.
Kellern die Seite 73 Bk. für Halle,
andere 1 M.

Erscheint täglich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Sandenstraße 17;
Verbreitungsstelle: Markt 24.

Nr. 16.

Halle a. S., Donnerstag, den 11. Januar.

1912.

Drohen neue Marokko-Schwierigkeiten?

Was seit Wochen erwartet wurde, ist in Paris eingetreten: der französische Minister des Auswärtigen des Selbes ist zurückgetreten, und der laufende Erbe seines Portefeuilles ist Herr Theophile Delcassé geworden.

Man muß, wie gewöhnlich bei politischen Vorgängen in Paris, unterscheiden zwischen Anlaß und Grund. Der Anlaß der Ministerkrise, die Verärgerung der Mitteilung der auf die nichtoffizielle deutsch-französische Gegeneinanderhandlung über Marokko bezüglichen Schrötsküste, ist verhältnismäßig gleichgültig, und der Sturz des Selbes vom Standpunkt der Fürsorge für die würdige diplomatische Vertretung Frankreichs in auswärtigen Angelegenheiten nicht einmal zu tadeln. Denn der Selbes war alles andere als ein Genie: es ist auch nicht zu verlangen, daß ein Mann, der Lusten lang als Seinepräsesitz stiller innere Verwaltungspolitik getrieben, sich plötzlich auf einem Gebiet bewähren sollte, auf dem er eigentlich ein Laie war. Aber — seltsame Situation! — Wie sein Stürzer dem Schein nach Clemenceau, in Wahrheit sein eigener Kollege Delcassé ist, so ist der Angegriffene dem Schein nach der Selbes in Wirklichkeit der Ministerpräsident Cailaux.

Die haben recht behalten, die voraussetzten, daß der Abschluß der Marokkoverhandlungen in Wahrheit den Beginn neuer Kämpfe bedeute, und wir werden noch ein Weilchen zu warten haben, bis uns Herr Cambon auf die Frage: „Wann wird das französische Parlament unsere Abmachungen bestätigen?“ die genaue Antwort wird geben können. Zu der Entrüstung der französischen Nichts-als-Chowinnisten, die auch die nächste Abtretung französischen Bodens nicht verzeihen und denen die Kongresspläne ein neues Elend dünken, gesellen sich die einflussreichen Aktionäre der Compagnie forensière, die von einer strengeren deutschen Staatsaufsicht für ihre Dividenden fürchten und die sich, nachdem die Kammer die Vertretung ihrer Sonderinteressen abgelehnt hat, um der Versuch, die Aktien zu kaufen, überwerteten Preisen nach Deutschland zu werfen, an der Verschärfung des deutschen Kapitals gescheitert ist, nun hinter den Senat als die letzte Instanz stellen um den Vertrag vielleicht in zwölfster Stunde zum Scheitern zu bringen.

Man wird also gut daran tun, Dacht zu geben, ob der Nachfolger des Selbes, wer es auch sei, nicht wenigstens den Versuch machen wird, Deutschland noch nachträglich um seinen mageren Gewinn am Kongo und an der Sengha zu pressen und, wie es der Titelteil der Mehrheit der Franzosen und gewissen Sonderinteressen entsprechen würde, es mit leeren Händen abziehen zu lassen.

Jalls Herr Delcassé dem Cailaux' und seiner Kollegen entspricht und als Triumphtor und Staatsretter wieder in das Ministerium eintritt, aus dem ihn einst, wie sich die Franzosen einbilden, Deutschlands Einpruch vertrieben, so hat der „Gnom“ sich diese Genugtuung rechtlich über, wie seine Feinde meinen dürften, unredlich verdient. Wenn Schopenhauer mit seiner Behauptung von der Unveränderlichkeit des Charakters, dem „velle non dicitur“ recht hat, so wird man in der scheinbaren Ruhe, die der überaus kluge Mann seit seinem Sturz bewahrte, nur einen neuen Beweis seiner diplomatischen Begabung sehen, die das letzte Ziel, die Demütigung Deutschlands mit Hilfe Englands, nie aus den Augen verlor, aber die Taktik gewandt den Umständen anpaßte. Das Marineministerium war zuletzt das Wartehaus für den längst geplanten Rückzug in das Ministerium des Auswärtigen, und Cailaux bemerkt einen hohen Grad staatsmännlicher Gewandtheit, indem er selbst den Mann dazu einladet, der der Triumphtor der Situation ist, und der ihm vermutlich von nun ab jede weitere Sorge um die Einzelheiten der auswärtigen Politik, die ihm der Selbes' mangelhafte Erfahrung gestakete, lächelnd abnehmen wird. Cailaux' geistliche Einladung ist ein gar kluges Einsehen ins Invermeidliche.

Daß wir nun als Folge des Ministerwechsels in Deutschland seit Monaten ansehndigen, wirklich haben werden, ist bei Delcassés großer Klugheit im höchsten Grade unwahrscheinlich, wenn man auch häufig die Lage von 1912 mit der von 1756 verglichen hat. Delcassé weiß, was das deutsche Heer bedeutet, und er weiß auch, daß eine noch engere friedliche Entente zwischen Frankreich und England Deutschland Verlegenheiten genug bereiten kann. Keine bürgerliche Regierung in Frankreich hat ein Interesse daran, die Geschäfte der französischen Militärpartei zu besorgen. —

Ueberraschend ist, was der C. A. S.-Mitarbeiter der „S. J. a. M.“ gelegentlich der Marokkofrise erfahren haben will: Er sagt, in Berliner wochenschriftlichen Kreisen werde erzählt, daß im Gegensatz zur Bereitwilligkeitserklärung des Herrn von Heeringen — und unser Heer ist schlagfertig — Herr von Tirpitz und die Gabelherfürdigen unferer Hofhaltung dem Kaiser pflichtgemäß die Möglichkeit eines Krieges als nicht in die augenblickliche Situation Deutschlands passen geschildert haben. Wir möchten hinter diesen letzten Satz doch ein großes Fragezeichen setzen; wir dürfen das um so eher tun, als in den letzten 5 Jahren Herr von Tirpitz vom Reichstag jede Million bewilligt worden ist, die er zum Ausbau unserer Flotte forderte. Bei der Gewissenhaftigkeit unferer Marineverwaltung ist es ganz undenkbar, daß die deutsche Flotte nicht auf der achtunggebietenden Höhe sein sollte, die das deutsche Volk als selbstverständlich voraussetzt.

S Paris 10. Jan.

In dem heutigen Ministerrat, der um 2 Uhr zusammentrat, wurde Delcassé endgültig das Portefeuille des Ministers des Auswärtigen übertragen. Der Name seines Nachfolgers ist noch nicht bekannt.

Kreisverwaltung und Großgrundbesitzer.

Für die Verwaltung auf dem Lande sind Kreisrat und Kreisversammlung von der größten Bedeutung. Es ist bekannt, daß der Kreisrat wirtschaftliche Aufgaben von enormer Tragweite zu lösen hat, wie die Verbesserung der ländlichen Produktionsbedingungen durch Bodenmelioration, Kanalbau und -erhaltung, Bau von Straßen, Kleinbahnen, Elektrizitätswerken und dergleichen. Es ist bekannt, daß der Kreisversammlung die Aufsicht über die Verwaltung des Landesorganes, das als Kreisverwaltung fungiert, obliegt, und daß er als Kreisverwaltungsorgan fungiert, das die Aufsicht über die Verwaltung der Schulwesen und zur Feststellung der besonderen Gründe, die die Errichtung von Simultanklassen erfordern. Von außerordentlicher Wichtigkeit ist aber, daß sich auf den Wahlen zum Kreisrat und zum Kreisversammlung eigentlich alle anderen Selbstverwaltungsglieder aufbauen. Denn der Kreisrat wählt die Abgeordneten des Landes zum Provinziallandtag, und hat dadurch Einfluß auf die Zusammenlegung des Provinzialparlamentes, des Provinzialparlamentes und des Bezirksausschusses. Kreisrat und Kreisversammlung haben auch bei der Zusammenlegung der Einkommensteuerertragskommission mitzuwirken; sie sind auch tätig bei der Festlegung der Kreisfluren; kurz sie bilden das Fundament unferer gesamten Selbstverwaltung, soweit sie, abgesehen natürlich von der Städteordnung, auf Kreis- und Provinzialordnung aufgebaut ist.

Die Grundlage der preussischen Kreisverfassung bilden die drei Wahlverbände der Städte, der Großgrundbesitzer und der Landgemeinden. Die Zahl der Stadtvertreter wird nach dem Verhältnis der städtischen und ländlichen Bevölkerung im Kreise bestimmt. Beträgt die Zahl der städtischen Einwohner den vierten Teil der ländlichen Einwohner, so stellen sie auch ¼ der Kreisratsmitglieder. Die übrigen Kreisratsmitglieder werden von den beiden anderen Wahlverbänden — vom Verbande der Großgrundbesitzer und dem Verbande der Landgemeinden — je zur Hälfte gewählt. Durch diese Bestimmungen wird dem Großgrundbesitzer zum Schaden der Städte und der Landgemeinden in der Kreisverwaltung ein Einfluß eingeräumt, der weder im Hinblick auf sein Zahlenverhältnis zur gesamten Bevölkerung, noch mit Rücksicht auf seine Steuerleistung gerechtfertigt erscheint.

Wäre bei der Verteilung der Kreisabgeordneten auf die einzelnen Verbände die Bevölkerungsziffer maßgebend sein, so kämen den Großgrundbesitzern 3,8 in Ostpreußen 14,6 Prozent der Abgeordneten zu. In Wirklichkeit aber haben diese Herren durchschnittlich 41 Prozent aller Abgeordnetenmandate inne. Die Landgemeinden, die durchschnittlich 66 Prozent der Kreisbevölkerung stellen, haben im Durchschnitt aber nicht 66 Prozent der Kreisratsplätze inne, sondern nur 41,3 Prozent.

Die Konservativen berufen sich bei der Verteidigung des elenden preussischen Wahlrechts auf den Grundfaß: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte. Sie setzen daraus ab: Wer viele Steuern bezahlt, der muß auch viel zu reden haben. Legen wir einmal nach dem konservativen Rezept die Steuer-

leistung der Verteilung der Abgeordneten des Kreises auf die einzelnen Wahlverbände zugrunde; das Bild wird dadurch für die Großgrundbesitzer wahrlich nicht günstiger. Statt der 41 Prozent aller Mandate, die sie inne haben, kämen ihnen alsdann nur 25,2 Prozent zu. Und legen wir das Material, welches uns aus 84 Kreisen Preußens zur Verfügung steht, der Berechnung zugrunde, wir erhalten das gleiche verbläffende Resultat: Den Städten kämen hierdurch, ihrer Steuerleistung entsprechend, ein volles Viertel ihrer bisherigen Mandate mehr zu. Auch die Landgemeinden hätten alsdann ¼ Mandate mehr zu verlangen, während die Großgrundbesitzer ein volles Drittel ihrer bisherigen Mandate einbüßen müßten. Damit würde ihre ungerechtfertigte Vormachtstellung auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden.

Die Konservativen sind aber selbst mit der heutigen Verteilung der Kreisabgeordneten nicht zufrieden und haben im preussischen Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, der geeignet erscheint, die Macht der Großgrundbesitzer in den Kreisräten noch zu vergrößern. Die Liberalen haben diese ungerechtfertigte Forderung entschieden zurückgewiesen und die Interessen der Landgemeinden und der Städte warm verteidigt. Wer nicht sein letztes Recht in der Kreisverwaltung aus der Hand geben will, der stehe treu zur liberalen Sache.

Deutsches Reich.

Die Sicherheit unserer Kolonien im Kriegsfall.

(Von unserm Korrespondenten.)

K Berlin, 10. Jan.

Vom Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft Herr von Johann Albrecht von Mecklenburg ist schon eine Kommission, bestehend aus erprobten Kolonialisten, einberufen worden, die sich mit der Frage der Sicherheit unserer Kolonien im Kriegsfall beschäftigen soll. Diese Frage ist in letzter Zeit mehrfach aus Anlaß der verschiedenen politischen Ereignisse des letzten Sommers in kolonialen Kreisen erörtert worden. Dabei handelt es sich weniger um den Schutz der Kolonien von außen her, wie um das Verhalten der Eingeborenen bei kriegerischen Bewidlungen des Mutterlandes. Man muß mit der Möglichkeit von Unbuhmigkeiten und Aufständen der Eingeborenen in den Kolonien rechnen, falls größere kriegerische Aktionen die Streitkräfte des Mutterlandes vollkommen in Anspruch nehmen. Die ganze Frage liegt naturgemäß in den einzelnen Kolonien sehr verschieden. Man hat darauf hingewiesen, daß die Gefahren von Aufständen der Eingeborenen sämtlichen Kolonialstaaten drohen, die in einen Krieg verwickelt werden. Und aus diesem Grunde ist der Gedanke erwogen, internationale Vereinbarungen zu treffen, nach denen die Kolonien grundsätzlich als Kriegsschauplatz für die kriegführenden Mächte ausgeschlossen werden sollen. Ob derartige Vereinbarungen Aussicht auf Erfolg haben, muß abgewartet werden.

Prof. Harnack über den deutsch-italienischen Presskrieg.

Der deutsch-italienische Presskrieg entspricht nicht im geringsten den Interessen Deutschlands und des Dreieubundes. Deshalb sind die Worte sehr bezeichnend, die Professor Harnack in der Münchener Wochenchrift „Zitaten“ an die öffentliche Meinung in Deutschland und Italien richtet.

Harnack sagt: Ich glaube, daß die kritischen Urteile der deutschen Presse an sich in Italien gar nicht so aufreizend gewirkt hätten, wenn man in Deutschland zugleich mehr Verständnis für den weltanschaulichen Augenblick, den Italien jetzt durchlebt, und für die Empfindungen, mit denen es ihn begleitet, gezeigt hätte. Daran aber hat es gefehlt. Die Italiener, die endlich über ihren lange Zeit für bedrückenden und hemmenden wirtschaftlichen Notstand hinweggekommen sind, fühlen sich jetzt stark genug, eine große politische Aktion zu unternehmen, und sie sehen in dem Gelingen dieser Aktion das Siegel auf der Gründung ihres Einheitsstaates und den Erweis ihres Rechtes auf die tatsächliche Großmachstellung. Darum ist das ganze Volk — mit Ausnahme weniger Sozialisten — von einer frampfhaften Erregung über die Spannung über den Ausgang dieses Unternehmens erfüllt, und von einer Selbstzufriedenheit, die alle anderen Erwägungen und Empfindungen darüber in Vergessenheit verjagt. Dagegen läßt sich wenig vieles einwenden; aber es läßt sich auch sehr wohl verstehen, und jedenfalls wäre es eine sehr billige, philiströse Weisheit,

Reichstagskandidat der Fortschrittler und Nationalliberalen für Halle-Saalkr. ist Stadlv. Plautsch.



darüber zu spotten. In Deutschland aber hat man vielfach nicht nur die Tripolis-Aktion nicht verstanden, sondern es war, als hätte man darüber auch das Verständnis für die früheren Geschehnisse und Entwicklung Italiens verloren. Ich habe Artikel gelesen, in denen das Bemühen von der Gleichgültigkeit der Einigung Deutschlands und Italiens ganz ausgelassen ist, in denen über das „Richtigere“ über die Erhebung Italiens ein geschätzlicher Begriff zum Einheitsstaat und die Bemerkungen gemacht wurden. Und das wenige Monate nachdem die selben Zeitungen aus Anlaß des italienischen Einheitsjubelums begeisterte italienfreundliche Artikel gebracht hatten, ein Jahr, nachdem man überall das Andenken Canovis zu seiner Hundertjahrfeier mit Bewunderung begangen hatte!

Auch wenn wir annehmen wollten, das Tripolis-Unternehmen sei ein großer Fehler Italiens, kann dieser Fehler für uns Anlaß sein, unsere ganze Stellung zum Königreich Italien, zum italienischen Volke zu verändern? Und weiter: Kann er ein Anlaß sein, die Bundesgesellschaft Deutschland und Italien zu überdenken?

Wir müssen uns fragen, daß das Verbleiben Italiens im Kreise für das friednerhaltende Gleichgewicht der Welt in Europa erforderlich ist. Durch sein Auscheiden würde Italien unbedingt in den Machtbereich der Triple-Entente gezogen werden, und diese würde damit einen Machtzuwachs erhalten, der die Verletzung, den Kampf um die Vorkherrschaft in Europa zu wagen, sehr bedenklich steigern würde. Der Gedanke des Dreubundes, der gerade jetzt durch die Veroffentlichung der Denkwürdigkeiten Crispis uns in der Bismarckschen Genialität seiner Konzeption wieder lebendig gemacht wird, hat seine besondere Bedeutung auch noch über den heutigen Tag hinaus.

Aber auch abgesehen von allen politischen Konstellationen und Erwägungen ist die heutige Geringschätzung zwei so lange nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich verbundenen Kulturvölkern ein Zustand, den jeder Zerkünder nicht weit befremdender finden wird, als den ganzen italienisch-französischen Krieg. Hier liegen die verzweigten Keime einer Entzweiung, die für unser ganzes Kulturleben tief bedauerlich wäre. Wie schwer liegt unsere Kultur schon unter dem ererbten deutsch-französischen Gegensatz, in neuerer Zeit ist noch ein deutsch-englischer hinzugekommen. In jeder das Seine, das nicht auch noch ein deutsch-italienischer Gegensatz dauern werde! Die Verleugung der großen Kulturunterschiede ist das schlimmste Hindernis des Kulturfortschritts.

Aus dem preussischen Landtag.

Nach einer Mitteilung des Bureau des Abgeordnetenhauses sind an Vorlagen der preussischen Staatsregierung am 13. d. M. und den nachfolgenden Tagen zu erörtern: der Staatshaushaltsetat, der Entwurf des Wassergesetzes, die Steuererlässe. (Das ist von vornherein ein umfangreiches Arbeitspensum, das aber noch erheblich durch weitere Regierungsvorlagen, durch Interpellationen und Anträge der Parteien und durch zahlreiche bereits vorliegende Petitionen sich vergrößern wird.)

„Nicht um eine Million...“

Aus Schleswig-Holstein. Den Eubischer Nachrichten wird aus Schleswig folgendes berichtet: Im benachbarten Nohden lebt der Postkammerer Herr Matthiesen, zu dem sich kürzlich ein Mann gelehrt, der ein Engländer zu sein schien. Er knippte ein Gespräch mit Matthiesen an und fragte ihn, wie lange er schon die Post nach den Halligen bringe. Auf die Antwort im Jahre meinte der Fremde: „Da müssen Sie in den Gemeinden ja einen Besuch machen.“ Der Postkammerer sagte: „Ich bilde es mir wenigstens ein!“ Auf die weitere Frage, was er tun würde, wenn er von einem feindseligen Gesandener „aufgesucht“ würde, bekam der Herr die ihn verblüffende Antwort: „Ich würde an Bord gehen und das Geschwader auf der ersten besten Sandbank an Strand legen. Ein Fregate verläßt sein Vaterland nicht um eine Million!“ Nach dieser Abfertigung zog der neugierige Herr es vor, zu verschwinden.

Bei den bisher so überaus günstigen Witterungsverhältnissen dieses Winters zur Ausführung von Robustarbeiten hat das Meeresgebäude der obersten Marinebehörden mit den beiden Fronten in der Königlichen Allee und dem Vorderbau in Berlin in seiner Vollausführung auch während der letzten Monate schnelle Fortschritte gemacht. Für die Fortführung des Baues kommen im neuen Rechnungsjahr als dritte Rate nicht weniger als drei Millionen Mark zur Einweisung in den Etat, nachdem für das laufende Rechnungsjahr nur 450 000 Mark als zweite Rate, und für das Jahr 1910 nur 750 000 Mark zur Verfügung standen. Die Gesamtkosten einschließlich der späteren Geräteausstattung für den Gebrauch und für eine Zahlsumme sind auf 6 950 000 Mk. veranschlagt worden.

Wahrscheinlich hat der bisherige nationalliberale Abgeordnete für Dresden-Altsitz, Bamberger-Bezirk Dr. Heine, die sogenannte lex Wagner mitunterzeichnet. Herr Heine ist in seinem alten Wahlkreis wieder aufgetaucht, und der Ortsausschuß Dresden der Volkswirtschaft Deutscher Journalisten und Schriftsteller hat daher angefragt, wie er sich künftig bei einer Wiederwahl zur lex Wagner stellen werde. Herr Heine erwiderte, daß diese Materie im neuen Strafgesetzbuch geregelt werden solle, das aber bestimmt den nächsten Reichstag nicht beschließen werde.

Das Oberverwaltungsgericht hatte in einem Rechtsstreit Entschlossenheit zu treffen, wozu eine Stadt S. wegen einer Zwangssetzungsverpflichtung gegen den Regierungspräsidenten erhoben hatte. Da die Stadt es ablehnte, einem Polizeibeamten 150 Mk. pensionsfähigen Wohnungszuschuß zu gewähren, erging nach erfolgter Feststellung eine Zwangssetzungsverpflichtung, welche die Stadt durch Klage anfocht. Das Oberverwaltungsgericht erkannte jedoch auf Abweisung der Klage, indem u. a. ausgeführt wurde, daß Zwangssetzungsverpflichtungen habe das Oberverwaltungsgericht nur die Rechts- und Gesamtheit, nicht die Notwendigkeit und Angemessenheit zu prüfen. Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit konnte nur geprüft werden, indem die Festsetzungsverpflichtung im Wege der Befehrsverpflichtung angefochten worden wäre. Die Rechts- und Gesamtheit der angefochtenen Verfügung ergab sich aus dem Polizeiverwaltungsgesetz vom 11. März 1850; hiernach sind die Kosten der rechtlichen Polizeiverwaltung fast ohne Ausnahme von der Gemeinde zu tragen. Der Regierungspräsident war demnach befugt, die angefochtene Zwangssetzungsverpflichtung zu erlassen.

Wie verlautet, dürfte die nächste internationale Konferenz für Eisenbahntechnik am 4. Juli 1912 in London auf Einladung

der englischen Regierung zusammenzutreten. Auf ihr werden alle Regierungen, die den Berliner Vertrag unterzeichnet haben, also auch die deutsche, vertreten sein. Die Gelamzahl der auf der Erde bestehenden festen Eisenbahntechnikorganisationen beläuft sich auf etwa 1100. Davon entfallen auf die Union 248, auf Großbritannien 93, auf Deutschland 83, auf Rußland 88, auf Frankreich 40 und auf Kanada 51.

Fot- und Personalnachrichten.

Der Kaiser nahm im Neuen Palais bei Potsdam die Vorträge des Ministers der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach und des Chefs des Zivilkabinetts Witzlides Geheimen Rats von Valentini entgegen.

Ordensverleihungen.

Der Orden des Kommenturkreuzes 1. Kl. des Königlich-Württembergischen Friedrichsordens ist dem Direktor im Reichspostamt Kobelt verliehen worden.

Den Orden des Kommenturkreuzes des Ordens der Königlich-Württembergischen Krone hat der Wirkliche Geheime Oberpostkommissar in Hof im Reichspostamt erhalten.

Das Ritterkreuz 2. Kl. des Königlich-Sächsischen Adrehtsordens wurde dem Oberpostsekretär Helme an n in Leipzig, der Orden des Ritterkreuzes 2. Kl. des Königlich-Sächsischen Ehrenfahnenordens dem Kolbitzer Schmitt in Bab Wilbungen und dem Oberpostinspektor Bree in Leipzig verliehen.

Den Telegraphenbetriebsrat Zimmermann in Bab Wilbungen und Gre in Altenburg (S.-M.) und Böhn in Rosta (S.-M.) wurde das silberne Verdienstkreuz des Ordens verliehen.

Marx über Freihandel und Schutzoll.

Wir lesen in der „Nationalist“ Folgendes:
Der „Vorwärts“ löst heute abermals einen seiner Schriftgelehrten der „historisch-ökonomischen“, „materialistischen“ Wirtschaftswissenschaften, auf seine Leser los. Danach verurteilt er die Schutzollpolitik die Lebenshaltung, vor allem die Steigerung des Arbeitslohnes, steigert den Gehalt der Staaten untereinander um. Dieser „wissenschaftliche“ Mitarbeiter des sozialdemokratischen Zentralorgans ist in der eigenen Parteiliteratur schließlich zu Hause; wenigstens kennt er nicht einmal den „großen Arbeiter Marx“, nach dessen Ansichten er sich doch zu richten hat. Dieser hat, wie wir hier schon mehrfach nachweisen, seine Verurteilung ausdrücklich dahin behauptet, daß das Schutzoll in sich selbst nicht die Steigerung des nationalen Wirtschaftswachstums und also auch im Interesse der Arbeiterschaft liegt; daß der Freihandel aber zersetzend, verelendend, revolutionierend wirkt, und daß die Sozialdemokratie deshalb also nur eine Freihandelpartei sein dürfe.

Marx (vergl. Schmoller, Grundriß der allgemeinen politischen Wirtschaftslehre, 2. Teil, Seite 609) sah in der damaligen englischen Freihandelsagitation gegen die Kornzölle nur eine Agitation für billige Ölsäure und Gewinnserhöhung. Der Freihandel werde das Elend der selbsttätigen arbeitslosen Arbeiter vermehren, die Härte der ökonomischen Gesetze steigern. Der Freihandel sei heute nur die Freiheit des Kapitals, der internationale Freihandel sei die internationale Ausbeutung. Die Freihändler begriffen freilich nicht, daß sich ein Land auf Kosten des anderen bereichern könne, aber das sei nicht wunderbar; dieselben Herren begriffen ja auch nicht, daß innerhalb der wirtschaftlichen Freiheit und freien Konkurrenz die eine Klasse auf Kosten der anderen sich bereichere. Man könnte danach erwarten, daß Marx den Schutzoll gutheiße. Daraus ist aber nicht die Rede; der Freihandel ist ihm „die Waffe der Bourgeoisie gegen den Feudalismus und die Staatsgewalt; das Schutzollsystem ist konfessionell, der Freihandel wirkt zersetzend, zerlegt die Nationalität, treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze, er beschleunigt die soziale Revolution.“ Nur in diesem revolutionären „ärem Sinne“, ruft Marx, „stimme ich für den Freihandel.“

Nach dem heutigen „Vorwärts“ aber ist es der Schutzoll, der zersetzend wirkt und den Gegensatz auf die Spitze treibt. Es wird Zeit, daß Herr Bebel in der „Vorwärts“, Reflektion wieder einmal nach dem Rechten sieht und ihr beibringt, wie sie schreiben soll, in dem er ihr warnend das Schicksal der „elben Sedgs“ in die Erinnerung zurückruft.

Ausland.

Die Drachen-Republik.

Naht die Entscheidung?

Nachdem die Verhandlungen zwischen den Republikanern und den Kaiserlichen abgebrochen sind, heft die Regierung in Peking die Erwartung und Hoffnung, daß sich die Revolutionäre nach Norden wenden und so Gelegenheit zu einer entscheidenden Schlacht geben werden, da sie selbst infolge des Mangels an Mitteln aushalten ist. genügend Truppen nach dem Süden zu senden, um sich den Sien zu sichern. Die Aufforderungen von Schani und Schani rufen vereint auf Honanfu. Eine Entlastung der Kaiserlichen, die nach Schani gekommen Verhandlungen nach Norden herbei. Die Kaufleute von Tientsin beklagen sich über die kaiserlichen Offiziere, die unangenehme den Tientsin vertrieben, so daß der Kaufmannhandel von Tientsin fast ganz erloschen ist. Die Befehle von der Kaiserlichen Regierung sind durch die Truppen der Mächte wird in Peking wie in Schanah nach dem heute vorliegenden Dopeiden des „Dain Telegraph“ und des „Memorandum“ als bestimmtes Anzeichen aufgedeckt, daß die kaiserliche Regierung wie die fremden Gesandtschaften weitere Bemühungen zur Erreichung einer Verständigung zwischen den Kaiserlichen und den Republikanern für ziemlich hoffnungslos halten.

In der Tat deutet alles darauf hin, daß die Republikaner eifrig für einen Feldzug im Frühjahr rüsten. Republikanische Agenten sind in Japan eingetroffen, um Magazinsgelder zu kaufen.

Zunächst hat allerdings am Sonnabend Mittaglang abermals und unter Anwesenheit fremder Gesandten, nach Peking zu kommen, um dort die Verhandlungen mündlich fortzusetzen. „Dain Telegraph“ meldet aber es Schanah: Nach Verhandlungen, die in Peking eingetreten sind, sind die Revolutionäre nicht entschlossen, die Kaiserlichen Verhandlungen abzugeben. Die republikanischen Truppen haben deshalb Befehl erhalten, nach dem Norden abzuziehen.

Die Lage verschlechtert sich für die chinesische Regierung noch dadurch, daß

Rußland ungewöhnliche Forderungen

an den chinesischen Kaiserthron richtet. Aus Peking wird nämlich nach London gemeldet, Rußland habe telegraphisch eine Reihe von Forderungen gestellt, die der Annäherung eines Protektors über die Mongolei gleichkommen. Rußland verlangt, daß China keine Truppen in die Mongolei entsende und keine Auswanderung in die äußere Mongolei gestatten solle. Rußland fordert weiter für sich das ausschließliche Recht, in der äußeren Mongolei Eisenbahnen zu bauen und zu betreiben und daß die Verwaltung mongolischer Angelegenheiten ausschließlich in den Händen von Mongolen liege. Obwohl China angeht, die Oberhand behält, müsse jede in der Verwaltung geplante Veränderung zuerst von Rußland gebilligt werden. Ganz nebenbei bemerkt Rußland, daß es russische Truppen in der äußeren Mongolei entsende. Diese Forderungen Rußlands enthalten geradezu den Gedanken einer

Ausstellung Chinas.

Recht bezeichnend für Rußlands Aspirationen ist es, daß der russische Gesandte in Peking die chinesische Regierung davon in Kenntnis gesetzt hat, daß er auf die russische Note eine baldige Antwort erwarde.

Ein russisches Mongolei-Delegation nähert sich auch bereits der chinesischen Grenze bei Kijakta, angeblich, um die angrenzende Mongolei von ungewissen Agagarditionen der Chinesen zu säubern und diese über Transsibirien nach der Mandchurien zu bringen, wo sie angestellt werden sollen.

Rußlands Vorgehen hat in London natürlich große Verwirrung hervorgerufen. Die maßgebenden englischen Kreise meinen, Japan ist in offenbarer russischer Annexion der Mongolei zu Englands Sache sei es, das Wesentliche der vorliegenden Tatsachen nicht zu bestreiten, sondern seine eigenen Interessen hinzuzustellen. Wenn nötig, müsse es Präzedenzfälle herbeiführen.

Rußland und Verden.

Kein Abrücken Rußlands?

Das russische Ministerium des Neuen bementiert das Gerücht über eine geplante Einlegung eines russischen Kriegsschiffes in Teheran. Es liegt keinerlei Grund vor, die Strafexpedition auf Teheran auszuheben. Das Ministerium bekämpft, daß der Siphahat, der bei der Vertreibung des Schahs eine große Rolle spielte, zum Generalkommandeur von Tabris ernannt werden soll.

Weiter stellt das Ministerium das Gerücht in Abrede, daß die russische Regierung mit der Forderung einer neuen Pension für den Ersah herzutreten sei. Die russische Regierung unterläßt den ehemaligen Schah weder direkt noch indirekt. Was die Behauptungen von der bevorstehenden Teilung Persiens zwischen England und Rußland betrifft, so erklärt die russische Regierung ganz kategorisch, daß keinerlei Wunsch bestehe, das russische Territorium durch das revolutionäre Persien zu vergrößern. Es habe keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Rußland in dieser Frage stattgefunden. Nicht einmal der Gedanke an eine Teilung einzelner Gebiete Persiens sei aufgetaucht. Die Unterlegung der Vorgänge in Tabris habe dokumentarisch bewiesen, daß die Teheraner Siphahat im Verein mit den russischen Armeniern ein Blutbad in Tabris veranlaßt hätten. Weber die russischen Behörden in Teheran noch in Tabris hätten daran teilgenommen.

Spaniens afrikanische Militärprojekte.

Aus Madrid wird dem „S. T.“ unterm 10. Januar drachlich gemeldet:

In dem gestrigen, nach acht Uhr abends beendeten Ministerrat referierte der Kriegsminister über das Projekt, in Afrika ein Freiwilligenkorps sowie ein Eingeborenentrupps zu bilden. Beide sollen den für eine obligatorischen Militärdienst, derowilligigen, dem Generalstab des Heeres soll organisiert werden. Wie häufig bei französisch-spanischen Verhandlungen verlas der Minister des Neuen für Spanien fünf günstigen Artikel der Londoner „Times“. Die Verhandlungen in der Aufrufkassare von Cullera vor dem obersten Kriegs- und Marinerrat wurden gegen Schluß des Ministerrats beendet. Das Urteil wird voraussichtlich heute nachmittag gesprochen werden.

Aus Melilla wird gemeldet, daß das Todesurteil an dem eingeborenen Polizisten Mohamed ben Ahmed Urtiaga, der kürzlich verurteilt, mit seinen Waffen zu der feindseligen Harza überzugehen und bei seiner Verhaftung auf seine Kameraden feuerte, durch eine Mitteilung der eingeborenen Polizei vollzogen wurde. Mohamed, der bis zum letzten Augenblick völlig unbedeutlich blieb und die Verlesung des Todesurteils fast lächelnd angehört hatte, wurde erschossen.

Aus Ushaba wird telegraphiert: Drei französische Leutnants und ein Juave, die in der Umgebung von Deddu jagten, wurden von fünf Marokkanern angegriffen. Ein Offizier und der Juave wurden schwer verletzt. Von den Marokkanern wurde einer getötet und einer verletzt. Die anderen entflohen, als Fische nashe.

Der Wahlkampf.

Aus dem Münchener Kreis. Am 9. Januar hielt der liberale Verein eine Versammlung in Gilmesh. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Kandidat sprach hauptsächlich über kaiserliche und Arbeiterfragen. Die zahlreich erschienenen pendelten ihm reichlichen Beifall. In der Diskussion sprach ein Sozialdemokrat. Seine Ausführungen wurden im Schlußwort des Referenten überlegt. Nebenfalls war die Versammlung ein voller Erfolg für die liberale Sache. — Die Agitation im Ansbacher Kreis ist durch einen gewissen Druck belehrbar. So haben Treiberer es vermocht, daß der freimüthigen sein total in der ganzen Stadt Einwohnern, in den großen Orten Oberösterreich am See, Schönbühl, Pansfeld, Meisob, Dankerde und Adlherde zur Verfügung gestellt wurde. Wirte, die ihr Lokal bereits ausgemietet hatten, erteilten hinterher — Mühen! Treiberer hat die liberale Sache im Münchener Kreis nachgeholt und auch die Mächten der Konserverativen in ihren Klugbüchern verlangen nicht mehr.

Verhinderung an der Ausübung des Wahlrechts.

Strengher Weise hört man allorts, daß die verschiedenen Behörden Vorkehrungen treffen, um möglichst allen Beamten und Angestellten die Ausübung des Wahlrechts zu ermöglichen. Unjensehr muß man sich wundern, daß die zentralen Stellen in dieser Beziehung absichtslos sind. Der Staatsminister für die Angelegenheiten des Innern veranlaßt die Beamten und Angestellten, die in den Wahlbezirken leben, sich zu registrieren, und zwar in der Weise, daß die Beamten nach der Reichshauptstadt, die inoffiziellen Wahlberechtigten nach den Kreisorten. Auch sind vom Justizministerium 23 Justizbeamte mit dem zweiten Teil des Kurzes kommandiert worden, für die das Gleiche gilt. Eine Verhinderung des Termins hätte für wohl ohne besondere Schwierigkeiten ermöglicht. Daß das nicht geschehen ist, ist außerordentlich bedauerlich.

Zweifelhafte Anparteilichkeit.

Die Ernennung von Reichstagskandidaten zu Wahlprüfungen, über die wir neulich schon aus Schiller verurteilten, scheint dort nicht weniger zu sein. Bessere Beispiele dürfte werden von „Boten a. d. Rheinreise“ aus dem Wahlkreise Ebernberg berichtet:

„So ist von Landratsamt zum Wahlprüfer von Crummoß der Kandidat der konservativen Partei und des Bundes der Landwirte, Gustav Schiller, ernannt worden und vom konservativen Wahlprüfer von Meier-Schmittkeisen der Kandidat der Zentrumspartei, Gustav Schiller, in der Wahlprüfung. Es ist nicht die fauleste Bezeichnung der Wähler des Ortes? Daß die konservative Partei den amtlichen Apparat in Anspruch nimmt, wird Reis geneigt. Hier im Ebernberger Kreise werden die flugsfertigen zweifelhafte Partei am Orte an die Gemeindevorstände gerichtet, welche sie dann meistens auch wirklich durch den Gemeindevorstand verteidigen lassen.“

Das ist die Unparteilichkeit der nachgeordneten Behörden!

Wahlturnus in Dresden.

Dresden, 10. Jan. Im Stadteil Friedrichstadt in Dresden ist es gestern abend zu ersten Wahlturnus gekommen. Schon während der Wahlversammlung der national-liberalen Partei, in der der Kandidat und bisherige Abgeordnete Dr. Heine sprach, gab es in dem meist von Sozialdemokraten besetzten Saal erregte Tumulten. Die Lage änderte sich erst, als der sozialdemokratische Kandidat Dr. Gradnauer das Wort ergriff, um in zweitündiger Rede auf die Feinheiten seiner Ausführungen zu erwidern. Das Schlußwort Dr. Heines wurde von der aufgeregten Menge niedergedrückt. Mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie und dem Gesang sozialdemokratischer Lieder verließ die Menge schließlich das Lokal. Auf der Straße hatte sich unterdessen eine nach vielen Tausenden zählende Menge angeammelt, die lärmend und jubelnd auf das Herauskommen von Dr. Heine wartete. Dem vorhandenen Polizeiaufgebot gelang es mit Mühe, wenigstens den Straßenbahnverkehr aufrecht zu erhalten. Als Dr. Heine erschien, wurden die meisten Besichtigungen und Demonstrationen laut. Die Situation gestaltete sich schließlich so bedenklich, daß Dr. Heine, um den tätlichen Angriffen der Menge zu entgehen, von zehn Schutzleuten in der Straße abgeholt und eskortiert werden mußte. Erst in den frühen Morgenstunden konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

Sozialdemokratische Sprengkolonnen.

Bremen, 10. Jan. Zu großen Radujungen kam es gestern in einer liberalen Versammlung in Bremerhaven. Dagegen die Versammlung erst um 8 1/2 Uhr einberufen worden war, drängten sich schon seit 6 Uhr enorme Massen sozialdemokratischer Wähler, darunter viele Frauen, vor dem Versammlungsort. Als gegen 8 1/2 Uhr die Eingänge geöffnet wurden, gab es ein wildes Drängen über Tische und Stühle, Bilder und Spiegel wurden zertrümmert, so daß der Wert erheblichen Schaden erlitt. Im Saal und auf den Galerien drängten sich über 3000 Personen. Um 8 1/2 Uhr begann der liberale Kandidat Hermann seine Rede. Er wurde durch wilden Lärm, Pfei- und Schmäuhse fortwährend unterbrochen, so daß er nach knapp einer Stunde seine Ausführungen unter großem Lärm schließen mußte. Nachdem noch drei sozialdemokratische Redner gesprochen hatten, sprach noch der sozialdemokratische Stadtvordemter Dreßler gegen Formann. Redner wollte das Schlußwort ergreifen, doch wurde er von sozialdemokratischen Wählern mit Schlägen und Knütteln bestärkt. Dreßler hat schließlich die Genossen, das Schlußwort Hermann angeschlossen. Er wurde aber von seinen eigenen Parteigenossen ausgelacht, und diese verließen unter Abfragen der Parteiführer das Lokal. Draußen wurden sie von ihren Führern aber angehalten, und die sozialdemokratischen Massen strömten wieder in das Lokal zurück. Hier trat ihnen der überwachende Polizeikommissar entgegen und erklärte die Versammlung für aufgelöst. Nur unter mehrfachen Anempfehlungen gingen die Wählermassen schließlich auseinander. („Berl. Tgl.“)

Die Gastwirte gegen den Schwarzblauen Blau. Aus Breslau wird gemeldet: Sämtliche schlesische Gastwirteverbände hielten hier eine von 1000 Berufswesen besuchte Versammlung ab, die eine gebührende Erklärung gegen die Steuer- und Polizeistraf des Schwarzblauen Biers annahm, wodurch der Gastwirtsstand dem Ruin nahegebracht wird.

Halle und Umgebung.

Salle a. S. 11. Januar.

Schnee und Kälte.

Erst Schnee, dann Kälte! So zeigt 1812 in rechter Weise, daß es noch Winter gibt, an den die Menschheit, verblendet durch seine November- und Dezemberlage, kaum mehr glauben wollte. Der große Schneefall der letzten Woche, der im Ru eine Winterlandschaft von herrlicher Pracht herstellte und die langvergnügten Winterfreuden: Robeln, Schlittschuhlaufen, „Gländern“ um erleben ließ, hat seit gestern Kälte im Gefolge, wie sie schon seit langem in unserer Gegend nicht verspürt war. Nebel senkte sich Mittags nachmittags nieder. Dichter, feuchter, von kleinsten Schneeflocken durchsetzt. Nebel. Er überzog Baum und Strauch, Hügel, Dächer, Wägen und Pferde, selbst die Gassen mit Kaufleuten, und brachte Kälte aus. Bald zeigten

rotgehornte Hirschen- und Hirschenarten den Thermometerstand merkbar an. Von über 0 sank das Quecksilber rapid zum Eispunkt und immer tiefer: 1, 2, 3, 4 und 5 Grad Minus. Die Wetterermessungen sind aus dem ganzen Reich günstig. Ueberall ist Winterport möglich. Kamentlich auch im Gange sind die Bob- und Robelbahnen in vorzüglicher Beschaffenheit. So geschieht bei allwälder Gerechtigkeit auch jenen endlich zu Willen, die sich danach sehn, gesunden Sport in freier, klarer Winterluft anzubilden.

Gedenkt der hungersnden Vögel

und spendet ihnen Futter; denn sie kommen um, wenn sie bei Witzelschnee auch nur einen Tag ohne Nahrung bleiben!

An die Reichstagswähler!

Nach den früheren Reichstagswahlen haben zahlreiche Strafverfolgungen wegen Wahlfälschung an gehen Personen durchgeführt werden müssen, die unter falschem Namen oder mehrfach in verschiedenen Wahlbezirken gewählt hatten. Die Wahlprüfer sind berechtigt, von den zur Wahl erscheinenden Personen bei Zweifel über ihre Identität eine Legitimation zu verlangen und erscheinende Wähler, die neu zugezogen sind oder von denen sonst anzunehmen ist, daß sie auch anderwärts in die Wahllisten eingetragen sind, in geeigneter Weise darauf aufmerksam zu machen, daß jedermann nur in einem Wahlbezirk und bei der Haupt- und Stichwahl je nur einmal wählen darf.

Jede Zuwiderhandlung ist zur Bestrafung anzugehen.

Winterport-Sonderzüge von Halle und Leipzig nach dem Harz.

Zur Erleichterung des Verkehrs der im Harz stattfindenden Winterporttage werden folgende Sonderzüge zu ermäßigten Fahrpreisen abgehen:

a) Zum großen Winterfest in Braunlage am 27. bis 29. Januar 1912: Von Halle nach Braunlage über Nordhausen—Walleckried am Sonntag, den 27. Jan., Rückfahrt am Sonntag, den 28. Januar.

b) Zum 2. Winterportfest in Schierke am 17. u. 18. Februar und zu dem großen Winterfest in Braunlage am 17. bis 19. Februar 1912: Von Leipzig (Berliner Bahnhof) nach Schierke über Bernigerohe und nach Braunlage über Blankenburg oder Bernigerohe am Sonntag, den 17. Februar, Rückfahrt am Sonntag, den 18. Februar.

Zu a. Hin- und Rückfahrt am 27. Januar. (Von Leipzig bis Halle mit Fahrplannummern 1/2 und zu den gewöhnlichen Preisen, letzteren Leipzig Berliner Bahnhof ab 2.30 nachmittags, Halle ab 3.27. Halle ab 3.34 nachm., Oberböblingen am See 3.58—3.59, Schierke 4.12—4.13, Sangerhausen 4.38—4.39, Nordhausen 5.15—5.20, Walleckried am 5.45. Umsteigen auf den Zug der Südbahnhof, Walleckried ab 5.50, Braunlage am 7.09.

Rückfahrt am 28. Januar. Braunlage ab 8.09, Walleckried ab 9.28. Umsteigen auf den Zug der Staatsbahn, Walleckried ab 9.40, Nordhausen 10.18—10.20, Sangerhausen 10.50—10.57, Eisenach am 11.21, Oberböblingen am See am 11.31, Halle am 11.56. (Rückfahrt nach Leipzig ab Halle zum gewöhnlichen Fahrpreise mit Zug 489, 12.10, Leipzig am 12.2).

Zu b. Hin- und Rückfahrt am 17. Februar. Leipzig Berliner Bahnhof ab 5.05 nachm., Halle 5.50—6.05, Albersleben 7.05—7.06, Halberstadt am 7.40; weiter 1. Halberstadt ab 8.12, Merseburger am 8.45. Umsteigen auf den Zug der Nordhausen—Merseburger Eisenbahn, Merseburger ab 9.00, Schierke am 10.08, Elend am 10.00, Gorge am 10.20. Umsteigen auf den Zug der Südbahnhof, Gorge ab 10.30, Braunlage am 10.58 nachm. oder

2. Halberstadt ab 8.10, Blankenburg (Harz) ab 8.40, Kasselndorf ab 9.35, Tanne am 10.10. Umsteigen auf den Zug der Südbahnhof, Tanne ab 10.17, Braunlage am 10.58 nachm.

Rückfahrt am 18. Februar. 1. Braunlage ab 4.37 nachm., Gorge 5.08—5.20, Elend ab 5.43, Schierke ab 5.53, Merseburger am 7.00. Umsteigen auf den Zug der Staatsbahn, Merseburger ab 7.50, Halberstadt am 8.24 oder

2. Braunlage ab 4.37, Tanne am 5.20. Umsteigen auf den Zug der Staatsbahn, Tanne ab 5.26, Kasselndorf ab 6.29, Blankenburg (Harz) 7.21—7.22, Halberstadt am 8.08, dann weiter Halberstadt ab 8.35, Albersleben 9.11—9.12, Halle am 10.15—10.18, Leipzig am 10.56.

In Fahrkarten für Hin- und Rückfahrt werden ausgedrückt: Zum 27. Januar von Halle, Eisenach und Oberböblingen am See nach Braunlage über Nordhausen—Walleckried;

zum 17. Februar von Leipzig, Halle und Albersleben nach Bernigerohe, nach Elend, Schierke und Braunlage über Weznigerohe, nach Blankenburg (Harz), nach Elbingerohe und nach Braunlage über Blankenburg.

Diezüge von Halle und Leipzig führen zum die dritte Wagenklasse.

Fahrpreise.

Zum 27. Januar. Von Eisenach nach Braunlage über Nordhausen—Walleckried 4.80 Mk.; von Oberböblingen am See nach Braunlage über Nordhausen—Walleckried 5.20 Mk.; von Halle nach Braunlage über Nordhausen—Walleckried 6.20 Mk.

Zum 17. Februar. Von Halle nach Braunlage über Merseburger 6.45 Mk.; von Halle nach Braunlage über Blankenburg 6.45 Mk.; von Halle nach Schierke—Elend über Merseburger 6.20 Mk.; von Halle nach Elend über Merseburger 5.30 Mk.; von Halle nach Bernigerohe über Halberstadt 4.10 Mk.; von Halle nach Blankenburg über Halberstadt 4 Mk.; von Halle nach Elbingerohe über Halberstadt 5.10 Mk.; Von Einrückung besonderer Frauen- und Nichtraucherabteilen wird abgesehen.

Nur wenn infolge unglücklicher Schneeeinbrüche im Harz eine Sonderzug ausfällt, wird das Fahrgeleit für die bereits gelösten Karten an den Fahrkartenhaltenden zurückgeschickt. Ob ein Sonderzug bestimmt abgehen wird oder nicht, ist vom Freitagabend 6 Uhr ab bei den genannten Fahrkartenausgabestellen zu erfahren.

Nutzen der Glätte. Gestern abend gegen 5 Uhr fürte in der Großen Steinstraße vor dem Hause „Holl. Bankverein“ das Werk eines mit Holz beladenen Wagens. Ein nach schlüssigen Bemühungen war es möglich, das Holz erhitte sich wieder auf die Beine zu bringen. Da sich der Verkehr auf den Straßen der elektrischen Straßenbahn abspalte, war der Verkehr während dieser Zeit unterbrochen.

Der Schreberverein Halle-Ost, E. S. hielt am 6. d. M. im Offiziers-Gesellschaftssaal eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende über die Tätigkeit des Vereines seit der letzten Mitglieder-Versammlung Bericht abgab, machte er die Mitteilung, daß nach einer bestimmten Erklärung des Vereines sämtliche Türen zu den einzelnen Gärten in der nächsten Woche angeht werden. Der Vorstand wurde ermächtigt, wegen der Errichtung eines Erziehungsaugens auf dem in der Mitte des Grundstücks hierzu bereits vorgesehenen Fläche genehmigt zu tun. Die Errichtung wurde bereits in Erwägung gezogen, ein Hofstück hierfür aber noch nicht gefast. Beschlüsse wurden dann die Einführung eines Vereinsbüchchens. Die Vereinsleitung entschied sich für die Zeitfrist „Unter Garten“. Der Vorsitzende erlos auf das notwendige Zusammenarbeiten des Schrebervereines Halle-Ost E. S. mit dem kommunalen Verein Halle-Ost hin, da beide Vereine gleiche Ziele verfolgten, beide im Interesse des gesamten Distriktes zum Wohle und Nutzen der Bewohner dieses Stadtteils tätig sind; die Mitglieder wurden gebeten, von der Einbindung des kommunalen Vereines Halle-Ost zu der am 22. d. M. im Offiziers-Gesellschaftssaal stattfindenden Generalversammlung, sowie zum Stützungs- und zur ausgiebigen Beleg Gebrauch zu machen.

Zur Wahlbewegung im Saalkreis.

Stenale Versammlung in Weßfeln.

Die fortwährende Volkspartei Halle hielt am Dienstag abend in Weßfeln eine Wahlversammlung ab. Der zum Leiter bestimmte Gerichtsreferent A. D. Herr Tretrop aus Halle eröffnete um 8 1/2 Uhr die mit besuchter Versammlung, begrüßte die Anwesenden, dankte für ihr Eingehen und deutete darauf hin, daß am nächsten Freitag das deutsche Volk auf dreierlei Wegen — einem rechten, einem linken und einem mittleren — zur Wahlurne gehen könne, um für die nächsten 5 Jahre mitzubestimmen, ob die Politik, die bisher von dem schwarzblauen Blau getrieben ist, weiter bestimmt sein solle, und gab so dem Referenten Herrn Rechtsanwalt Dr. Schreiber das Wort zu seinen Ausführungen.

In nachher Rede behandelte der Referent zunächst die Tätigkeit des vorliegenden Reichstages, bei besonders hervor, welche liberalen Gesetze der so viel gekämpfte Wilam-Blau erreicht, im Gegensatz zu dem nach Zertrümmerung dieses Blaus durch die schwarzblaue Mehrheit geschaffenen Finanzgesetz, das den um seine Erlöszen ringenden Mittelstand in Handel und Gewerbe sowie die Arbeiterschaft und das Rentamentum schwer befaßt. Ganz besonders wurde vom Referenten die Sonderverträge ins Licht gestellt und darauf hingewiesen, daß nur durch einmütiges Zusammenstreifen der Abhilfe geteilt werden könnte, so beispielsweise im Submissionswesen, ferner durch durchgreifende Regelung der Gehaltsarbeit und Weiterbildung und Ausbau des Lehrlingswesens. Die Jugend sei während der Schulzeit genötigt in Religion unterrichtet worden; nach der Schulentlassung gelte es, sie fürs Leben, für den Kampf ums Dasein vorzubereiten, aber die lehrerstreitige Vorlage habe der schwarzblaue Blau durch Begradung mit Religionsunterricht zu Fall gebracht. Für Herzog und Maria trete die Fortschrittliche Partei ein, nur wolle sie eine gerechte Verteilung der Güter, die aber jetzt von den herrschenden Parteien auf die schwachen und schicksalhaften Schultern abgewälzt werden. Die Partei sei stolz auf seinen jenseitigen Friedenstäter, um den Deutschland von der ganzen Welt beneidet werde; mit Enttäuschung wolle sie die Antinationalen der konservativen Presse, namentlich der „Halleischen Zeitung“, jurist. Cobden hielt der Referent Abrechnung mit der Sozialdemokratie, zerpfändete deren Program, insbesondere die Utopien vom Zukunftsstaat, schätzte ihre Antikonsequenz bei fast allen Gelegenheiten und verurteilte den von dieser Partei gestellten Terror.

Der Vortrag des Referenten wurde mit langanhaltendem lebhaften Beifall aufgenommen. Zum Schluß wurden die Anwesenden nochmals zur pünktlichen Ausübung ihres Wahlrechtes ermahnt. Der Vorsitzende schloß abends mit einem Kaiserhuld die Versammlung.

Provinzialnachrichten.

Unfall beim Schlittschuhfahren.

Weißfels, 10. Januar. Am Krankenhausgelände in der kleinen Heilstraße veranlaßt sich gestern zahlreiche Kinder mit Schlittschuhfahren. Daß das an sich sehr gesunde Vergnügen in Verkehrsfragen sehr gefährlich werden kann, zeigt ein Unfall, der sich dabei ereignete. Das jährliche Mädchen der Frau Friedland, kleine Heilstr. 16, fuhr mit ihrem Schlittchen in ein künftiges Fahrgestell. Die Pferde wurden erschreckt und töteten dabei dem unglücklichen Kinde das rechte Bein entzwei. Das Kind erlitt einen schweren Beinbruch und erhebliche Verletzungen. Ein vorübergehender Mann brachte es ins Krankenhaus. Der Unfall mocht die Jugend, sich dem Vergnügen des Schlittschuhfahrens nur in unbesetzten Straßen oder außerhalb der Stadt hinzugehen. (W. Tgl.)

Rodelunfälle.

Gosha, 10. Jan. Die Winterferien ist kaum eingeleitet, da fordert auch schon der an sich gesunde, aber bisweilen doch recht gefährliche Rodelsport seine Opfer. Die abschüssigen Straßen unserer Stadt befehlen bis bald nach dem ersten Schnee. Zug und alt robuste — ohne bisweilen genügende Obacht auf Ballasten und Fußwerke zu machen. Hierauf sind die drei schweren Rodelunfälle zurückzuführen, die sich auf der Sonnebornstraße ereigneten. Ein Mann, der das Kommando „Wacht!“ der Fahrer auf einem Hohlweg in der Eisenackstraße nicht wahrnahm, wurde über den Haufen geschoben und erheblich verletzt. Ein anderer großer Hohlweg mit ledigen Mann Beladung verlor bei der Rodelbahn einem Schumann ausweichen und fuhr in schneller Fahrt gegen den Bordstein und einen Baum. Zwei Fahrer trugen Verletzungen an bei diesen Zusammenstoß. Der eine hat ein Bein gebrochen, der andere hatte durch einen Stoß gegen die Brust die Befähigung verloren. Am Nachmittag führte eine an der Goldbacherstraße wohnhafte junge Frau vom Schlittchen auf der Rodelbahn an „Diebstahl“. Diese Unfälle haben zur Folge gehabt, daß das Rodeln auf öffentlichen Straßen künftig gänzlich wird. Es werden Ermahnungen ausgesprochen, eine öffentliche Rodelbahn in der Umgebung der Stadt anzulegen.

Teuerungszulage.

Weimar, 9. Jan. Die Staatsregierung beschäftigt, dem demnächst zum Parlamentarischen Landtag in Anbetracht der hohen Lebensmittelpreise eine Vorlage über die Gewährung einer außerordentlichen Teuerungszulage an die Familien der gekürzten Staatsrenten zu unterbreiten.

Wetterbericht.

Schneeig, 10. Jan. Neuhäner, 33 Zentimeter; Schneehöhe: 40 Zentimeter; Höhe: gut; Nebel: gut; Schicht: gut; Frost: gut; Nebel: gut; Temperatur: — 3 Grad. Winterzeit vom 20. bis 22. Januar.

Erfurt, 9. Jan. (Das Ende des Wasser Mangels.) Die ständige Wasserleitung wird von nun an wieder ununterbrochen geöffnet sein. Die Ursache dieses neuartigen Ereignisses ist das stetige Steigen des Grundwassers, das den schon vor Wochen gelangenen niedrigen Wasserstand an den Ufern.

Erfurt, 10. Jan. (Ein Schläger) ist dem „Thüring. Tagbl.“ zufolge der Operateur Karl G., der in einem Erfurter Kino-Theater als Geliebter fungierte. Um sich seinem Chef gegenüber als einen rationell arbeitenden Mann hinzustellen, mochte er sich auf eigenartige Weise der Unterhaltung schuldig machen. Er band das Jählerwerk eines Elektrifizierers, zählte fest, loch dieser nicht ansetzen konnte. Dadurch wurde ein Stromplum im Betrag von 138 Mk. erzielt, die dem Kino-Inhaber zugute kamen. Da dieser den Schaden bedauerte, ließ das Schöffengericht die Mißhandlung und verurteilte den „Schläger“ nur zu 30 Mark Geldstrafe.

Erichungen, 9. Jan. (Gussereise.) Das hiesige Schöffengericht ist für 475 000 Mark an Herrn Wendershausen aus Rötten verkauft und wird seit jenem auf Rechnung des Letzteren bewirtschaftet. 300 Millionen sollen aufgeteilt werden, das übrige wird Restgut bleiben.

Eisenburg, 9. Jan. (Erhöhung der Steuerfänge.) In der gestern nachmittag abgehaltenen Stadtratsbesitzung wurde bei der Beratung des Hauptrats mitgeteilt, daß infolge der Erhöhung der Provinzialumlagen sich die Kreissteuer um 4 Proz. von 19 auf 23 Proz. erhöht. Die Steuererhöhung, die an sich den städtischen Steuerbedarf nicht beeinträchtigt, bringt es mit sich, daß sämtliche Steuerfänge vom 1. April 1912 an um 4 Proz. höher zur Erhebung kommen. Es sind demnach an Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer je 198 Proz. und an Gemeindefiskal-Fommensteuer 148 Proz. zu entrichten.

Alten, 8. Jan. (Zu dem gemeldeten Bronze Diebstahl) auf der Straße Alten-Altenbergt macht der Erste Staatsanwalt zu Magdeburg bekannt, daß nach den Feststellungen und Druckarbeiten an den Geschehen zu schließen, die Täter Steigungen benutzt haben, mit denen sie von einer Stange zur anderen auf dem Erbstock entlang gegangen sind. Der Diebstahl muß daher wie aus dem Durchsicheren vor dem Postkammerdienste hervorgeht, von Leuten ausgeführt sein, die mit Arbeiter- oder Drahtleitungen, vielfach auch mit solchen von Ueberlandzentralen, Beschäftigt sind. Auf die Ermittlung des Täters hat die Oberprokuratur zu Magdeburg eine Befehlsumlage von 1000 Mark gesetzt.

Nieder, 9. Jan. (Die Tagelöhner der Deferatoren.) Im Kirchhofe am Schierberg wurde gestern der Kürassier Hans Schmidt von der Luchelburger Schwadron der 7. Kürassier-Aufgesehen und seligenommen. Schmidt, der von Vater Walter und aus Wiesersleben gebürtig ist, auch als Muttergehilfe in Ballenstedt gearbeitet hat, war vor einigen Tagen von seinem Truppendienst emittoben und hätte sich erst in einer Feldkuche, stellte ihm Kirchhofe verborgen gehalten. Nach seiner Festnahme hießte ihn heim, daß dem Schmidt beide Söhne erstoren waren. Er wurde nach Neuburg überführt.

Waldsiedl, 8. Jan. (Zu dem Steuerhinterziehungsvergehen.) In der Staatsanwaltschaft zu Weimar ist im 2. Ostar Recht in Waldsiedl wegen Einkommensteuerhinterziehung ein neues Urteil der 2. Strafkammer, das den 35 500 Mark Geldstrafe lautet, rechtskräftig geworden. Sowohl der Beflagte wie der Staatsanwalt hat die eingelegte Revision zurückgezogen.

Bad Vöbenstein, 8. Jan. (Über die Gründe des finanziellen Zusammenbruchs des Gasthofs Vöbenstein.) In der Bad Vöbenstein gibt der Besitzer Emil Polzin eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Wenn Bad Vöbenstein im vorigen Jahre nicht so viel gebracht hat, wie ich erhofft habe, so lag dies nicht an mir und meinem Versuch, sondern an der großen Hitze, die das Publikum an die See trieb und nicht nach dem als sonnig bekannten Thüringen; an dem Verlust von 1910... an den Beiträgen des Buchhalters U., der rund 2000 Mark zum Nachteil der Direktionenliste sich erschwindelt hat, an Rücklagen der anderen Hälfte des Kurvertragsbeitrags mit 2500 Mark und mehr, wofür ich Klage gegen den Kurverein habe einreichen müssen, an ziellosen Eilen und Kreditbewegungen. Ich habe gegen die Eröffnung des Konkursverfahrens Protest erhoben, da in meinen Vermögensverhältnissen genommen ist und ich nicht zahlungsunfähig bin; ich möchte wieder 200 000 Mark Geld für Bad Vöbenstein haben, die nun durch diesen Gemahl nicht gegeben werden.

Theater und Musik.**Das anstehende Bett im „Rosentaufer“.**

Aus München wird uns berichtet: Gekünder wurde zu Ehren der Annalenheit der Erbtogerin Isabella, der Braut des Prinzen Georg von Bayern, sowie der Eltern der Braut als Festspektakel „Der Rosentaufer“ aufgeführt — aber — demnach gereinigt. — Zwei Hand im Anfang des ersten Aktes das Bett der Marjaskin auf der Bühne, aber vollkommen unbeherrht und leer. Die Marjaskin war nicht darin. Daher sollte die liebesbedürftige Marjaskin mit dem fetten Vagen nicht vom Bett aus, sondern höchst stillam mit ihm auf einem breiten Sofa. Und der Rosentaufer war wieder fast nach vorweg, sondern danach hat exemplarisch zugendhaft, wie es sich in Gegenwart einer so hohen Braut geziemt.

Bühnendronik.

Man schreibt uns aus Dessau: Im hiesigen Hoftheater findet am 12. Januar die Aufführung des westlichen Dramas „Die Poscar“ von Otto Habel statt. Der Verfasser, ein Berliner Arzt, wird der Premiere beiwohnen. Das nach im Manuskript befindliche Werk ist vom Berliner Theaterverlag, G. m. h. S., erworben worden.

Lehars „Esa“ — Haatgschäftlich. Lehars jüngstes Werk, die dreitaufgige Operette „Esa“, die ebenfalls im Berliner Neuen Operettentheater unter lebhaftem Beifall gegeben wird soll in verschiedenen Städten Aufhänge, die eine große Arbeiterbevölkerung haben, u. a. in Vob, verbrenen sein. Die betreffenden Volksbedürden sollen in der Arbeitsebene, in der die Arbeiter der Fabrik in die Wohnung des Fabrikanten drängen, um ihre Tochter Esa von ihrem Vater zurückzuführen, ein zu Wes beliebt sein.

Zofel Stranz wurde soeben von der Philharmonischen Gesellschaft in Leipzig mit einer Gage von 100 000 Mark pro Saison bis zum Jahre 1915 zur Leitung der dortigen Philharmonischen Konzerte verpflichtet.

Gerichtsverhandlungen.

Ein Kandidat der Medizin wegen Verbrechen nach § 218 verurteilt.

Worm, 9. Jan. Die Strafkammer verurteilte den Kandidaten der Medizin Felix Wegmohoff aus Leuzen wegen Verbrechen nach § 218 des Strafgesetzbuchs zu drei Monaten Gefängnis.

Plauen, 8. Jan. (Der Schuß der Junge als Staatsanwalt) Der schaffische Staatsanwalt aus Plauen, dessen Gaunerfretsch im November v. J. in dem städtischen Park im Vogland aufsehen erregte, hat sich am Donnerstag vor dem Plauener Landgericht zu verantworten. Er handelte sich um den 16jährigen (!) ehemaligen Schuhmacherehrlich Hans Kaufhermann aus Chemnitz, der er verurteilt hatte, einen jungen Kaufhermann zur Herausgabe von 50 Mark zu verurteilen, indem er sich für einen Staatsanwalt ausgab und mit Verweigerungen drohte, weil sich der Buchhalter an einem jungen Mädchen vergangen haben sollte. Hermann war selbst mit dem 16jährigen, überbeherrschten Mädchen bekannt geworden und hatte von ihr alles Nähere über ihr Verhältnis zum Buchhalter erfahren. Als er mit Hilfe eines gefälligen Scheines von dem Buchhalter weitere Summen verlangen wollte, wurde er entlarvt und jetzt vom Landgericht Plauen wegen schwerer Urkundenfälschung, Erpressung und Diebstahls — er hatte mehrere Weister in Harbau beschlagnahmt — zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein fideles Festungsgefängnis.

u. H. Magdeburg, 8. Januar.

Interessante Streiflichter auf das Leben auf der Festung Magdeburg warf eine in der Berufungsinstanz vor der hiesigen 2. Strafkammer durchgeführte Verhandlung. Angeklagt war der frühere Rechtsabdiakt, heutige Redakteur an der „Königsb. Hartungischen Ztg.“ Hans v. Zewel. Er verbrachte im Jahre 1910 eine sechsmonatliche Festungshaft auf der Festung Magdeburg. Die Anklage gegen ihn lautete darauf, in drei Fällen Frauen, die die Festungshinterwachen zu bewachen hatten, beleidigt zu haben. Auf Antrag des Kommandanten Eggeling v. Witten wurde dem Verurteilten eingeleitet, der Angeklagte vom Schiffengericht aber kein gesprochen. Der Vertreter der Anklage hatte gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt. — Die Festungshinterwachen sind in einem alten Gebäude der Zitadelle, die nur einen offenen Zugang hat, untergebracht. Das Gebäude ist mit einer hohen Bretterplanke umgeben. Hinter dieser Planke sowie am Ausgange stand ein Posten vor Gewehr. In einer Nacht machte der Angeklagte in seinem Zimmer nach 11 Uhr noch Licht, was verboten ist, angeblich um Arzenei zu nehmen. Dem Posten, der ihm zurief: „Licht aus!“ erwiderte er: „Ich halt die Lampe“. Der Vorfall wurde vom Posten gemeldet. In einem zweiten Fall soll der Angeklagte zwei andere Posten beleidigt haben. Der kommandierende Posten war ihm abgegangen worden. Um nun nicht ein Reklamosum zu verfaßten, benutzte er einen alten Urlaubspostel, auf dem aber der Vermerk stand: „Urlaub abgelehnt“. Diese beiden Worte verdrehte er beim Passieren der Posten mit den Händen und gelangte auch unbehelligt in die Stadt. Das Prüfen der Unterschrift des Kommandanten durch die Posten hatte ihm aber zu lange gedauert, weshalb er sich auch hier zu einigen beleidigenden Aeußerungen hinreißen ließ. Später wurde die Abwesenheit des Angeklagten bemerkt. Der Angeklagte war von dem Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden worden. Für ihn ersetzte Rechtsanwalt Dr. Foerster (Kend.), der zu gleichem Zeit wie der Angeklagte eine dreimonatliche Strafbüße verbüßt. Aus der Vernehmung ergab sich, daß zwischen den Festungshinterwachen, den Ordnungsamt und den Posten ein „rauber aber herzlicher“ Ton herrschte, und das niemand etwas übel nahm, auch wenn harte Worte fielen, die im bürgerlichen Leben nicht üblich sind. Auch die Posten erklärten, sie hätten sich nicht beleidigt gefühlt, da sie den „Festungstön“ getraut hätten, sei bei einem als Posten zur Meldung jedes Wortummisses verpflichtet gewesen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 110 Mark. Der Angeklagte habe sich als Jurist und gebildeter Mensch lagern müssen, daß seine Worte beleidigend seien. Der Verteidiger A. H. Dr. Foerster betonte, daß kein Angeklagter das Bewußtsein des ehrenrührenden Charakters seiner Aeußerungen gehabt habe. Galt das vorliegende Material nach dieser Richtung nicht hinreichend, so sei er selber — er habe bisher die Erörterung solcher Dinge in der Öffentlichkeit vermieden — gemungen, durch Stellung neuer Beweisangebote das Verhältnis der Festungshinterwachen zu den Posten zu beleuchten. Die Posten hätten fast alle mit den Gefangenen auf vertrautem Fuße gestanden, sie hätten sich an deren Ton gewöhnt und derbe Scherze nicht übel genommen. Sie hätten den Gefangenen Gefälligkeiten erwiesen und dafür Bier, Wein und Zigaretten erhalten. Es sei sogar vorgekommen, daß die Posten bei den nächtlichen Exzursionen der Gefangenen, die oft über die Wälle nach der Stadt unternehmen wurden, ein Auge zugedrückt hätten. Dr. Foerster beantragte hierfür eine Reife von 200 Mark. Bei einem vorerwähnten Mißverständnis über die Rede davon seien, daß der Angeklagte das Bewußtsein der Beleidigung hatte. Der Gerichtshof lehnte aber die Beweisangebote sämtlich ab, erkannte den Angeklagten der Beleidigung in drei Fällen für schuldig und verurteilte ihn zu 90 Mark Geldstrafe. — Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt werden. — Wenn die geschichtlichen Verhältnisse auf alle deutschen Festungen, die Stube gefangen aufnehmen, aufreifen, braucht man sich über die Flucht des Hauptmanns Lux nicht mehr zu wundern.

Ein Felsblock als Erdglobus. In Smarago in der englischen Grafschaft Dorset befindet sich ein Steinmonument, das, wenn es an Größe und majestätischer Wucht auch mit den ägyptischen Pyramiden nicht in Wettbewerb treten kann, immerhin doch zu dem mit Rechtlich auf seine tonfarne Gänge Eigenart als Westminster angepriesen gehalten darf. Es handelt sich um einen aus einem Riesenglobus gehaltenen Felsblock von 3 Metern Durchmesser und 41 Zentner Gewicht, auf dessen Oberfläche die Erdteile und Meere, erstere in reliefartige Erhöhungen, darge stellt, und weiterhin Meridiane, die Nord- und Breitenteile eingezeichnet sind. Die Höhe des Globus ist herant gebracht, daß sie unter Berücksichtigung der Ekliptik der Neigung der Grotte entspricht. Leider hat man die Sache aber getade verfehlt gemacht. Wenn die Höhe des Steinglobus wirklich mit der Erdhöhe zusammenfielen, würde der Beschauer in der Tat einen exakten Begriff von dem Stande bekommen, den die Sonne zu einer bestimmten Tageszeit in den verschiedenen Ländern der Erde einnimmt. Der Felsglobus wurde zu dem Zwecke errichtet, um die Kenntnis der Astronomie zu popularisieren. Aus diesen Gründen hat man auch auf dem in der Höhe befindlichen Felsblock allerlei wissenschaftliche, auf die Astronomie und Geographie bezügliche Angaben und Daten verzeichnet.

Ein Felsblock als Erdglobus.

Letzte Nachrichten.

Das Urteil im Prozeß „Scott“.

h. Berlin, 10. Jan. Nach 1½wöchentlicher Verhandlung verurteilte heute die 11. Strafkammer des Landgerichts Berlin I die Leiterin des Psychologischen Verlags, G. m. h. S., Frau Viola Grott, wegen vierfachen Betruges zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Davon wurden 10 Monate auf die einjährige Untersuchungshaft gerechnet. Der Staatsanwalt hat 3 Jahre Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe beantragt.

Sensationelle Wendung in der Affäre Galliant.

h. Berlin, 10. Jan. Eine interessante Wendung ist in der Affäre des seit gestern verhafteten Rechtsanwaltes Dr. Galliant eingetreten. Wie jetzt feststeht, hat Galliant nicht seinen Tod in Grunewald gefunden, sondern ist nach großen Untersuchungen schließlich gefunden. Das Schneebad war nur fingiert, um seine Flucht zu verdecken. Allein die Gestalt Carumes Feltsch, die seine Mandantin war, wurde um 50 000 Mk. geschädigt. Wie verlautet, ist man auf der Spur des Betrügers. Es soll eine Postkarte hier eingelaufen sein, die Galliant in Breslau ausgegeben hat. Die Kriminalpolizei hat sich der Angelegenheit angenommen.

Delcassé Minister des Außeren.**Poincaré lehnt ab.**

S Paris, 10. Jan. (Privattelegramm.) Kabinett Caillaux hatte heute vormittag mit dem Präsidenten der Republik und Poincaré längere Botsprechungen. Delcassé hatte letzteren als am meisten qualifiziert bezeichnet, das Portefeuille des Ministers des Außeren zu übernehmen. Dieser aber lehnte ab, verweigerte aber dem Kabinettschef seiner vollsten Unterstützung. Caillaux drang darauf in Delcassé ein, das Portefeuille des Außeren zu übernehmen, in dem er den Anstoß ausdruck gab, daß das von ihm im Ministerium begonnene Werk im großen und ganzen beendet sei. Delcassé ließ sich zur Annahme bewegen, stellte jedoch bei der Übernahme des Ministeriums des Außeren die Bedingung, daß das Ministerium in seinem Sinne fortgesetzt werde.

Die Haltung der Regierung.

S Paris, 10. Jan. (Privattelegramm.) Im heutigen Ministerrat wurde auch die Haltung der Regierung vor der Kammer vereinbart, wenn dort die Demission de Selves zur Sprache kommen wird.

Witterungsaussichten.**Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.**

Dienststelle in en a u. Mittwoch, 10. Jan., 8 Uhr morg.

Zustandsverteilung und Wetterlage in Europa.

Es besteht wieder über Mitteleuropa Verbindung des atlantischen warmen mit dem asiatischen kalten Hoch. Ein Ausläufer dieses Hochs erstreckt sich nordwärts. Das westliche Tief wird danach nicht weiter östlich vordringen. Bei der gegenwärtig bestehenden Tendenz zu Wolken und Nebelbildung, sowie zu Niederschlägen bleibt das Wetter im Gesamtdarakter leicht.

Witterungsaussicht für den 11. Januar:

Schwacher Wind, diffus trübe und neblig, kein oder geringer Schneefall, kälter.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.) (Nachdruck verboten.)

- 12. Januar: Bewölkt, trübe, kalte, windig.
- 13. Januar: Bewölkt, trübe, windig, kühler, schwacher Schneefall.
- 14. Januar: Bewölkt, trübe, kalter Schneefall.
- 15. Januar: Bewölkt, trübe, kalter Schneefall.
- 16. Januar: Wenig bewölkt, trübe, kühler, schwacher Schneefall.
- 17. Januar: Bewölkt, trübe, windig, kalter Wetter.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Weizner, Neusteden, Vermittlung in M. Martin Neuchwanger; für den Interatentiert Albert Barth, Traud und Verlag von Otto Habel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umschließt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Vermischtes.**Was ein Erdbeben kostet.**

Rom, 10. Jan. Einer amtlichen Aufschätzung zufolge hat die italienische Regierung im Zusammenhang mit dem Erdbeben in Sizilien und Calabrien eine Summe von 200 Mill. Lire verausgabt. Außerdem wurden für 300 Millionen Lire Arbeiten vorgenommen. Die Gemeinde- und Provinzialbehörden sowie Privatunternehmungen haben ebenfalls für 300 Millionen Lire Arbeiten vornehmen lassen, so daß der durch das Erdbeben angerichtete Gesamtschaden sich auf eine Milliarde beläuft.

